

Sammen-
-Volks-
tigung

Amer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter
und die Hauptredaktion entgegen.
— Preisliste separat.
Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte Die Redaktionsstelle
besteht für Anzeigen aus den
Anzeigen 20 Pfennige, aus dem
Anzeigen 20 Pfennige, aus dem
Anzeigen 1 Reichsmark, am 1. Juli 20
Pfennige.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 214

Sonntag, den 11. September 1932

27. Jahrgang

Innerpolitische Klärung auf Dienstag verschoben

Gemeinsamer Empfang von Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei

Berlin, 9. Sept. Der Reichspräsident wird am Dienstagmittag die Vertreter der Reichstagsfraktionen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam in Gegenwart des Reichskanzlers empfangen, um ihre Auffassung zur politischen Lage entgegenzunehmen. Diese Antändigung ist das wichtigste und abschließende Ergebnis des heutigen Freitags, von dem man ursprünglich eine gewisse Entscheidung der weiteren innerpolitischen Lage erwartet hatte. Diese Entscheidung ist nicht gefallen, sondern mit dem Empfang der Fraktionsvertreter auf Dienstag verschoben worden. Heute nachmittag und heute abend sind die Unterhändler des Zentrums und der Nationalsozialisten wieder beisammen gewesen, um die Frage zu klären, ob eine hinzügernde Taktik, durch die der Reichstag zunächst noch einmal vertagt wird, heute noch Sinn hat oder ob sie durch Forcierung der Anträge gegen die Reichsregierung schon in der ersten Hälfte der Woche klare Bahn schaffen soll. Diese Besprechung konnte natürlich noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis führen, weil die beiden Parteien nun erst einmal sehen müssen, was bei dem Empfang am Dienstag herauskommt. Bis dahin ist die Entscheidung zunächst verschoben, und es läßt sich noch nicht einmal sagen, ob sie dann schon fällt. Genau so gut ist es möglich, daß man Dienstagnachmittag wieder vor derselben Situation und derselben Fragestellung wie heute abend steht.

Notwendig entspringt. Von einer sehr maßgeblichen und unparteilichen Seite wird die Lage dahin gekennzeichnet, daß die nächste Entscheidung nun bei den Nationalsozialisten liegt. Damit soll gemeint sein, daß Hitler sich nun entscheiden müsse, ob er durch Forcierung der Wähltrauen- oder anderer gegen die Reichsregierung gerichteter Anträge — etwa Aufhebung der preußischen Notverordnung — die Reichstagsauflösung beschleunigen oder ob er durch eine Vertagung des Reichstags Zeit gewinnen will, um abzuwarten, ob sich die Konstellation zugunsten eines Kanzlerwechsels verschiebt. Hitler ist bekanntlich seit gestern in Berlin. Man kann annehmen, daß zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum die neue Lage mit all ihren Umständen und Möglichkeiten eingehend besprochen werden wird. Gewisse Anzeichen sprechen für die Möglichkeit, daß dabei eine abwartende Taktik verabredet werden wird. Ob diese Annahme richtig ist, dürfte sich in der ersten Hälfte der neuen Woche zeigen.

Auflösung oder Vertagung?

Berlin, 10. September. Eine ganze Anzahl Blätter knüpft an die Berichte über den Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten und die im Zusammenhang damit gedruckte Antändigung des Parteiführerempfangs am kommenden Dienstag Kommentare, in denen zu der Frage „Reichstagsauflösung oder Vertagung?“ Stellung genommen wird. Die „D.M.Z.“ begrüßt den Entschluß Hindenburgs, weil er den ernstesten Willen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zu beweisen scheint, alle noch irgendwie vorhandenen Möglichkeiten zu einer „sittlichen Lösung“ der politischen Krise auszuschöpfen. Welchen Erfolg der Empfang freilich haben werde, steht nach den bisherigen Vorgängen völlig dahin. Ein etwaiger Wahlschmerz, der niemand, weder rechts noch links, weder innerhalb der Parteien noch innerhalb der Reichsgewalt politische Freude bereiten würde, könnte sich natürlich, wenn es zu diesem schweren Konflikt komme, nicht in den gleichen Formen und in der gleichen Ungebundenheit vollziehen wie die Juniwahl. Das sei ein Gesichtspunkt, der insbesondere für die nationalsozialistische Bewegung große Bedeutung erlangen würde, und wenn man die Einsicht der parteipolitisch — also parteipolitisch — engagierten parlamentarischen Führer auch nicht überschätzen dürfte, so werde vielleicht die Geste des Reichspräsidenten auf sie nicht ohne Eindruck bleiben. Bis zur letzten Minute sollte von allen Seiten eifrig versucht werden, die Neuwahl mit ihrer Erschütterung und Radikalisierung zu vermeiden. Gebe es freilich dafür keinen Weg, dann müsse der Kampf aufgenommen und mit aller Härte durchgeföhrt werden. Die „Vorzeitung“ ist der Auffassung, daß es nicht recht einzusehen sei, was die Parteien angesichts der unmißverständlichen Entschlossenheit des Reichspräsidenten, die Regierung Papen im Amt zu halten, mit irgend welchen weiteren Schritten oder Fortsetzungen noch erreichen könnten. Der „Vorzeitung“ fragt: Wozu die Auflösung? Neuwahlen hätten nur einen Sinn, wenn sie eine völlige Umschichtung der Parteien und damit eine neue günstigere parlamentarische Lage eröffnen ließen. Davon könne aber keine Rede sein. Es sei also nicht zu erkennen, warum man nicht unter den heutigen Verhältnissen schon einen Ausweg suche und finde, wenn man noch wenigen Wochen sich so ziemlich derselben Situation gegenübersehen werde. Es gebe jetzt schon die Staatsweisheit zu beweisen, die man nach den überflüssigen Neuwahlen doch werde bewahren müssen.

Nach dem Empfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 9. Sept. Die Beurteilung der politischen Lage, wie sie sich nach der Aussprache beim Reichspräsidenten ergibt, ist in Berliner politischen Kreisen nicht einheitlich. An Stellen, die der Reichsregierung nahestehe, verlautet, daß der Reichspräsident während der Besprechung keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er nicht die Neigung habe, einen Kanzlerwechsel vorzunehmen, daß vielmehr das jetzige Kabinett sein Vertrauen habe. Auf der anderen Seite kann man bei Zentrum und Nationalsozialisten den Eindruck feststellen, daß eine weitere abwartende Taktik im ihrem Ziel eines Präsidialkabinetts mit ihrer Beteiligung doch näherbringen könnte, zumal der Reichspräsident heute noch keine endgültige Entscheidung getroffen, sondern sich die Entscheidung über eine Rückstufung mit den Führern der Hauptparteien vorbehalten hat. In Kreisen der beiden genannten Parteien wird vielfach auf eine Stellungnahme der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hingewiesen, die heute früh davon warnte, die Ursache einer Reichstagsauflösung und von Neuwahlen herauszubekommen, bevor alle Möglichkeiten einer Einigung erschöpft sind. Diese Stimme wird als ein Ausfluß von Strömungen aufgefaßt, die neuerdings in einem Teile der Wirtschaft zu finden sein sollen, und deren Grund man vor allem mit in der Befürchtung sieht, daß der kommende Wahlschmerz den sozialpolitischen Konfliktstoff scharf in den Vordergrund rücken und damit einen stark antikapitalistischen Charakter bekommen würde. Wie weit diese Auffassungen richtig sind, läßt sich in diesem Augenblick umso schwerer beurteilen, als vieles, was gesprochen und gesagt wird, tatsächlichen

NSDAP. und Zentrum

Gemeinsame Besprechung des Besuchs bei Hindenburg
Berlin, 9. Sept. Am Freitagabend fand im Reichstag eine Besprechung zwischen Abgeordneten des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Nationalsozialisten statt, in der zu dem Ausgang des Empfangs beim Reichspräsidenten Stellung genommen wurde. Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen den drei Parteien werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. In Kreisen der beteiligten Parteien sieht man der weiteren Entwicklung mit Zuversicht entgegen. Man glaubt, daß die Aussprache beim Reichspräsidenten doch nicht vergeblich gewesen sei.

Eine Erklärung der Deutschnationalen

Zum Empfang beim Reichspräsidenten
Berlin, 9. September. Zu dem Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten gibt die Deutschnationale Pressestelle einen Bericht heraus, wonach Goering u. a. ausgeführt habe, daß im Reichstag eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit sei, daß der Reichstag sich nicht auflösen lassen wolle und daß er als Reichstagspräsident sich gegen die Gerüchte, daß der Reichspräsident diesen auszuscheiden beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den einstimmigen Auftrag des Reichstages, dies zum Ausdruck zu bringen.

Der deutschnationale Abgeordnete Graef habe diesen Meinungen Goerings auf das Schärfste widersprochen. Er führte aus, daß das Reichstagspräsidium nicht befugt sei, dem Staatsoberhaupt politische Vorschläge zu machen oder gar Ratschläge zu erteilen. Das Präsidium sei keine politische Körperschaft und überdies in seiner Meinungsbildung durchaus nicht einig. Herr Graef betonte, daß die Einsetzung eines wirklich von den Parteien unabhängigen Kabinetts ein Fortschritt sei, demgegenüber der Rückfall in den Parlamentarismus und in das Koalitionsspiel, wie die Nationalsozialisten und das Zentrum es anstreben, einen absoluten Rückschritt bedeuten würde. Hierüber sei sich der größte Teil des Volkes einschließlich weiter Kreise der Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf die Stetigkeit der politischen Entwicklung und auf die Autorität des Staatsoberhauptes verbiete es, einen Kurswechsel in der Regierungsführung vorzunehmen, selbst für diejenigen, die nicht mit allen Maßnahmen des Kabinetts Papen im Reich und in Preußen einverstanden seien.

Die Eisenbahnergewerkschaften beim Reichsverkehrsminister

Berlin, 9. Sept. Der Reichsverkehrsminister empfing heute die Vertreter der Eisenbahner, um deren Wünsche entprechend mit ihnen die Frage der Entlassung von Eisenbahnarbeitern zu besprechen. Der Minister erklärte, daß er die Notwendigkeit der Entlassungen sehr bedauere und daß er über Maßnahmen zur Milderung mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft bereits seit längerer Zeit verhandele. Der Beschluß, Arbeiter zu entlassen, sei von der Reichsbahn angesichts der Finanzlage schon Anfang des Sommers, also erhebliche Zeit vor der Entscheidung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung gefaßt worden. Die Reichsbahn werde nunmehr durch die ihr aus den Steuergutschriften zuzuführenden Mittel in den Stand gesetzt, zurückgestellte Arbeiten wieder aufzunehmen. Sie werde dabei auch Oberbauarbeiten ausführen lassen, bei denen ein nicht unerheblicher Teil der zur Entlassung vorgesehenen Leute über den 1. Oktober hinaus Beschäftigung finden könne. Die Beratungen seien noch nicht abgeschlossen und würden fortgesetzt. Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß durch anderweitige Regelung der Arbeitsverhältnisse im Betriebe, insbesondere durch Einsetzung von Feierschichten, die Entlassungen weiter eingeschränkt werden könnten. Der Reichsverkehrsminister sagte zu, diese Frage im Benehmen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft sofort zu prüfen.

Der Zeitpunkt der Übergabe der französischen Antwort an Deutschland

Paris, 9. Sept. Mehrere Blätter berichten, daß die Note an die Reichsregierung keine Kollektivantwort sondern lediglich eine französische Antwort darstellen werde. Der Zeitpunkt der Übergabe hängt davon ab, wann das englische Kabinett sich zur Stellungnahme der französischen Regierung geäußert habe. Wahrscheinlich frühestens am Sonnabend, aber spätestens am Montag werde das französische Dokument nach Berlin übermittelt und dann in Frankreich veröffentlicht werden. Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ glaubt, daß die Antwort der britischen Regierung an Frankreich auf folgende vier Punkte hinauslaufen werde:

1. Deutschland solle grundsätzlich die Gleichberechtigung erhalten.
2. Die Berliner Regierung solle sich aber be-

pflichten, davon keinen Gebrauch zu machen durch Heraussetzung ihrer Wäffungen.

3. Ein allgemeines Abkommen über das Sicherheitsproblem solle vereinbart werden.

4. Die ehemaligen Alliierten, in erster Linie Frankreich, sollen sich zu gewissen Abrüstungsmaßnahmen im Sinn des Hoover'schen Abrüstungsplans verpflichten.

Sowohl der Londoner Berichterstatter als auch der außenpolitische Korrespondent des „Echo de Paris“ protestieren von vornherein gegen eine derartige Anregung, die auf nichts anderes hinausläufe, als auf eine Schwächung des französischen Heeres.

Ausschub deutscher Zahlungen an Amerika

Washington, 9. Sept. Vizepräsident Clegg nahm heute mit Schatzsekretär Mills Besprechungen über Ausschub der deutschen Zahlungen für die amerikanischen Besatzungskosten und aus den Nigel Claims auf, die am 30. September fällig werden.